

Günther OETTINGER

EU-Kommissar für Energie

Die Europäische Energiestrategie 2011 bis 2020

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Rede beim BDEW Kongress 2010

Berlin, 30. Juni 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zum BDEW Kongress 2010 hier in Berlin. Sie haben sich nicht nur den politisch interessantesten Tag des Jahres für Ihre Veranstaltung ausgesucht, sondern zugleich auch den Heißesten.

Ich freue mich sehr, bereits im ersten Jahr meiner Amtszeit als Kommissar für Energie zu Ihnen sprechen zu können. Der BDEW ist für mich ein zentraler Ansprechpartner, nicht nur bei der Diskussion um die Zukunft der Energiepolitik in Europa. Ihre Expertise und Ihr Fachwissen liefern wertvolle Elemente für unsere Entscheidungsfindung. Und ich weiß die vertrauensvolle Kooperation mit Ihnen zu schätzen.

Energiepolitik steht im Brennpunkt. Trotz meiner relativ kurzen Amtszeit kann ich das mit Fug und Recht behaupten. In Deutschland geht es um das Energiekonzept und um den Atomausstieg, in anderen Mitgliedstaaten um Abhängigkeit von einem Energielieferanten und um die Diversifizierung der Energieversorgung.

Bereits in den ersten Monaten des Jahres 2010 erleben wir zwei Krisen:

1. die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko
2. eine neuerliche Gaskrise, diesmal zwischen Weißrussland und Russland

Es wird in den kommenden Jahren darum gehen, Antworten auf die zahlreichen Herausforderungen zu finden, die uns im Energiebereich begegnen. Das Fundament der Antworten legen wir heute, aber die Auswirkungen und den Erfolg werden wir jedoch erst in einigen Jahren sehen.

Niemand, weder in Wirtschaft noch in der Politik, kann es sich leisten, Energiefragen zu ignorieren. Umgekehrt, hängt die Energiepolitik, bzw. die Verwirklichung energiepolitischer Ziele von den Entscheidungen nicht zuletzt jener Akteure ab, die heute auf dieser Konferenz vertreten sind.

Geopolitische und wirtschaftliche Perspektive

Die aktuelle und offenbar nicht zu stoppende Ölkatastrophe in den USA wirft Fragen auf

- hinsichtlich der Bedeutung des Zugangs zu Energie für unsere Wirtschaft,
- zu den Bedingungen, unter denen Energie produziert wird, um unsere Versorgungssicherheit herzustellen,
- und auch über die Folgen der Produktion von Energie für die Umwelt.

Eine Reihe von Entwicklungen gibt Anlass zum Nachdenken:

- Vor zwei Jahren erreichte der Ölpreis fast 150 \$ pro Barrel – kurz darauf erlebten wir den Kollaps oder den Beinahe-Kollaps einiger renommierter Finanzinstitutionen, was auch einen Einbruch des Rohölpreises mit sich brachte.
- Im vergangenen Jahr wurden die Gaslieferungen durch die Ukraine von Russland unterbrochen, mit starken Auswirkungen auf die Bevölkerung in einigen Mitgliedstaaten – es war Winterzeit. Erst in der vergangenen Woche entstand - wie gesagt - durch Unterbrechungen des Gastransits in Weißrussland neuerlich Unsicherheit hinsichtlich der Versorgung von Teilen Europas mit Gas.
- Die IEA hat wiederholt vor "alarmierenden Folgen für den Klimawandel und die Energiesicherheit" gewarnt, wenn wir unsere Versorgung und unseren Verbrauch an Energie nicht ändern.
- Die Auswirkungen der massiven Mobilisierung öffentlicher Mittel für die wirtschaftliche und monetäre Stabilität auf Investitionen im Energiesektor sind noch nicht klar einzuschätzen. Das Risiko einer Reduzierung der Investitionen in neue Technologien und Infrastruktur liegt jedoch auf der Hand.

Auf den globalen Energiemärkten ist ein Jahr eine lange Zeit. Aber in Bezug auf Investitionen im Energiesektor sind selbst zehn Jahre ein kurzer Zeitraum. Dies ist ein inhärenter Widerspruch in der Energiepolitik, und zugleich eine große Herausforderung für meine Arbeit an einer neuen energiepolitischen Strategie der EU.

Gründe für eine neue energiepolitische Strategie

Das Jahr 2020 steht, bezogen auf die Energieversorgung Europas, unmittelbar bevor. Tatsächlich befinden sich die europäischen Energie-Unternehmen bei der Planung ihrer Investitionen und Prioritäten bereits jenseits von 2020.

Dies macht es umso entscheidender, klare energiepolitische Rahmenbedingungen für morgen und übermorgen zu schaffen, die Stabilität, Kohärenz und Glaubwürdigkeit sichern.

Die EU-Klimaziele bis 2020 - 20% Steigerung von erneuerbarer Energie, 20% weniger Treibhausgas sowie 20% mehr Energieeffizienz - sind nicht nur für die Energiepolitik von Bedeutung. Sie sind auch als Baustein der wirtschaftspolitischen Strategie der EU für 2020 fest verankert.

Trotz aller bisher erzielten Fortschritte glaube ich, dass wir derzeit noch nicht in der Lage sind, diese Ziele zu erreichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass unser Energiesystem für eine kohlenstoffarme Wirtschaft und für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gerüstet ist.

Deshalb müssen wir unsere Politik noch besser gestalten und effizienter umsetzen. Erst vor wenigen Wochen haben die EU-Energieminister den Vorschlag der Kommission bestätigt, bis November dieses Jahres eine neue Energie-Strategie zu entwickeln.

Neue Energie-Strategie für 2020

Die neue Strategie soll dazu beitragen, dass europäische Unternehmen und Konsumenten die notwendigen Schritte tätigen, um die genannten 20-20-20 Verpflichtungen bis 2020 umzusetzen.

Ich möchte dazu eine breite Debatte anstoßen, konsultieren und diskutieren. Denn ich bin überzeugt, dass es nur mit der Beteiligung aller Betroffenen gelingen wird, die neue Strategie zu einem Erfolg zu machen.

Das Ziel unserer neuen Strategie ist klar: die Schaffung einer effizienteren, vielfältigen, kohlenstoffarmen und integrierten Energiewirtschaft, die Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Kundenzufriedenheit einschließt.

Dabei bleiben die Grundbausteine unserer Strategie unverändert: ein funktionierender und wettbewerbsfähiger Binnenmarkt, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Vor allem muss aber sichergestellt werden, dass auch die Verbraucher davon profitieren.

Der Markt kann nur funktionieren, wenn neue Spieler ohne Hindernisse teilnehmen können, wenn die Qualität der Dienstleistungen stimmt und wenn die Netze fair und diskriminierungsfrei benutzt werden können. Die Kommission wird hier weiterhin sehr wachsam bleiben und ihre Rolle als Hüterin der Verträge wahrnehmen.

Der intensive Dialog und Austausch zwischen Europa und der deutschen Wirtschaft ist dabei essentiell.

Der Binnenmarkt bleibt also ein wichtiges Werkzeug, um unsere Klimaziele zu erreichen. Die Frage ist: Wie erreichen wir das Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft? Welche Elemente weisen dabei den Weg?

Energieeffizienz

Eine bessere Energieeffizienz ist eine *conditio sine qua non* für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Europa ist auf dem Weg zur Festlegung eines umfassenden politischen Rahmens für Energieeffizienz und Energieeinsparung bereits vorangekommen. Wir haben eine Menge an Gesetzgebungsmaßnahmen und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, aber es muss deutlich mehr getan werden, ja die gesamte Wirtschaft muss mobilisiert werden, um unsere 20% Ziele im Jahr 2020 auch wirklich zu erreichen.

In einigen Bereichen, neuen Gebäuden und elektrischen Geräten zum Beispiel, haben wir bereits relativ viel erreicht. Aber es gibt noch ein riesiges, unausgeschöpftes Potential –

Bestandsgebäude seien hier als ein Stichwort genannt. Zudem haben Teile unserer Wirtschaft bisher nur geringe Fortschritte erzielt, insbesondere im Transportbereich. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass wir effektive Lösungen im Einklang mit der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit entwickeln.

Im nächsten Jahr werde ich eine neue europäische Strategie für Energieeffizienz vorschlagen. Der Vorschlag der Kommission wird als eine längerfristige Perspektive mit der Europa-Strategie 2020 in Einklang stehen.

Der entscheidende Punkt wird sein, die Energieeffizienz als einen wesentlichen Bestandteil nicht allein der EU-Energiepolitik sondern auch von anderen Politikbereichen (einschließlich der Kohäsionspolitik) zu verankern.

Technologie und Smart Grids

Parallel dazu müssen wir Innovation und technologischen Wandel beschleunigen.

Die Umsetzung und Finanzierung des europäischen Energietechnologie-Plans - des sogenannten SET-Plans - erfordert einen enormen Beitrag von allen, den Wirtschaftsbranchen, den Forschungseinrichtungen und den öffentlichen Verwaltungen. Wir müssen unsere Investitionen fast verdreifachen - sowohl öffentliche als auch private -, wenn wir im Jahr 2020 echte Ergebnisse erzielen wollen. Mir ist bewusst, dass dies in Zeiten leerer Kassen nur schwierig zu bewerkstelligen ist.

Anfang dieses Monats hatte die spanische Ratspräsidentschaft zu einer Konferenz über den Energietechnologie-Plan eingeladen. Diese Konferenz kennzeichnete den offiziellen Start der ersten europäischen Industrie-Initiativen zu den Themen Wind, Solar, Carbon Capture and Storage, und Smart Grids.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu Intelligenten Netzen sagen. Ich weiß, dass dies ein wichtiges Thema für Sie ist. Und der Erfolg anderer Technologie-Initiativen hängt nicht zuletzt auch von der Geschwindigkeit ab, mit der wir unsere Stromnetze modernisieren und ersetzen.

Neue Grid-Infrastruktur und Grid-Technologien sind Schlüsselfaktoren für den Übergang unserer Wirtschaft zu einer effizienten, sicheren und kohlenstoffarmen Zukunft. Wir brauchen nicht nur große Projekte für erneuerbare Energien, wie zum Beispiel Offshore-Windkraft in der Nord- und Ostsee, Solarenergie in Nordafrika oder Wasserkraft. Wir müssen auch dezentrale Elektrizitätserzeugung in all ihren Formen ermutigen und deren Einspeisung ermöglichen.

Erneuerbare Energien in ein modernes Energienetzwerk zu integrieren, ohne dabei Energieversorgungssicherheit anzutasten, ist eine Herausforderung.

Die heutigen Netze wurden auf der Basis großer zentraler Einheiten in geschlossenen nationalen Märkten errichtet. Es herrschte die nationale statt europäische Brille vor. Von einem echten Binnenmarkt ist Europa deshalb noch weit entfernt.

Eine bessere Interkonnektivität und mehr Kuppelstellen, insbesondere bei prioritären europäischen Initiativen wie dem Offshore-Wind-Netz und dem Mittelmeer-Ring, werden uns erlauben, unsere Energiequellen zu diversifizieren, die Versorgungsrisiken der nur zeitweilig nutzbaren Energiequellen zu verringern und die Kosten zu senken.

Um die Integration der erneuerbaren Energien zu unterstützen, brauchen wir zahlreiche technische Entwicklungen und Neuerungen, wie zum Beispiel moderne Netze. Dazu ist es entscheidend, die Hindernisse für den Einsatz von Smart Grids auf europäischer Ebene zu identifizieren und anzupacken.

Infrastruktur im Allgemeinen

Das bringt mich zur Frage der Infrastruktur im Allgemeinen.

- Wie bereits gesagt, brauchen wir weiterentwickelte Netze, um innovative Technologien und neue Energiequellen in das Stromnetz zu integrieren.

- Neue Gas-Verbindungen und zusätzliche Import-Pipelines sind zudem unerlässlich für unsere künftige Versorgungssicherheit.
- Und die auch die Frage des sicheren Nachschubs durch die Öl-Pipelines ist ein Thema, das wir nicht ignorieren können.

Das dritte Energiebinnenmarkt-Paket ist einen wichtiger Schritt zur "Europäisierung" der Energieinfrastrukturplanung. Die Schaffung neuer europäischer Netze für die Transmission System Operators (ENTSO) bei Elektrizität und Gas, und einer neuen Agentur für die Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden - ACER - stellt einen großen Erfolg dar.

Laut dem Europäischen Netzwerk von Strom-Netzbetreiber (ENTSO-E) – ich zitiere die erste Version des zehnjährigen Netzentwicklungsplans für alle 27 Mitgliedstaaten - bräuchten wir 30 000 km neue oder renovierte Stromleitungen und Investitionen von etwa 50 Milliarden Euro allein im Strombereich, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Diese Schätzung berücksichtigt dabei noch nicht den Bedarf aus den massiven Offshore-Wind-Ausbauten in der Nord- und Ostsee bis zum Jahr 2020.

Zusätzlich müssen wir mit einer Reihe unbekannter Faktoren arbeiten z.B. die Entwicklung von Elektroautos, der Frage der Zukunft von Kernenergie und der CO₂-Abtrennung und Speicherung sowie Verbesserungen bei der Energieeffizienz.

Im Gasbereich sind die Herausforderungen ebenso dringend. Für eine bessere Diversifizierung unserer Versorgung brauchen wir dringend neue Importleitungen. Und um die Krisenbeständigkeit unseres Systems zu verstärken, brauchen wir eine verbesserte Interkonnektivität.

Der einzige Weg vorwärts ist eine konsolidierte europaweite Anstrengung.

Infrastrukturinvestitionen

Die Bedeutung neuer Investitionen in die Energienetze um unsere energiepolitischen Ziele umzusetzen, darf nicht unterschätzt werden. Je mehr wir erneuerbare Energien fördern, desto mehr müssen wir in die Netze vertrauen können, um Integrations- und Balancing-Probleme zu vermeiden.

Ein weiteres Problem sind Verbindungsleitungen: Wie können wir Unternehmen überzeugen, in die Energie-Produktion zu investieren, wenn es keine Wege gibt, um die Elektrizität auch zu den Verbrauchern zu transportieren. Das sehen wir in Deutschland deutlich mit der Nutzung von Offshore-Windkraft.

Zur Förderung neuer Investitionen in die Infrastruktur plant die Kommission, ihren Politikansatz der Trans-European Energy Networks zu erweitern. Mit dem derzeitigen TEN-E Instrument sind wir in der Lage, geringe finanzielle Unterstützung für einige wichtige Projekte zu bieten. Allerdings ist der Anwendungsbereich sehr begrenzt.

Wir sehen, dass es in der Praxis zahlreiche weitere Hindernisse bei der Realisierung von grenzüberschreitenden Projekten gibt, wie zum Beispiel dem Nordsee-Windnetzwerk und dem Baltischen Ring, zwei prioritäre Projekte der Europäischen Union.

Wenn wir die Erfahrungen der Projekte im Energie-Konjunkturprogramm der EU betrachten, ist es klar, dass die EU wichtige Unterstützung bei der Durchführung komplexer Projekte leisten kann. So haben die Mitgliedstaaten vereinbart, fast vier Milliarden Euro für verschiedene Energie-Projekte in den Jahren 2010 und 2011 zu verwenden – ein Quantensprung im Vergleich mit den etwas mehr als 20 Millionen Euro pro Jahr im Rahmen der TEN-E.

Infrastruktur Paket

Ich habe deshalb die Absicht, im November ein neues Energie-Infrastruktur- und Sicherheitsinstrument zu präsentieren.

Lassen sie mich einige wichtige Prinzipien nennen, die ich beachten werde:

Zunächst müssen die strategischen Prioritäten für die EU-Energie-Infrastruktur besser definiert werden. Die Energienetze müssen europaweit stärker, flexibler und besser mit den umliegenden Regionen der Europäischen Union verbunden sein. Eine echte Integration muss das Ziel sein.

Zweitens, im Rahmen dieser Strategie brauchen wir eine neue Definition von Projekten. Wir müssen europäische, gemeinsame Prioritäten definieren, inklusive strategischer Energiekorridore, auch zur Energieeinfuhr.

Drittens müssen wir die politische Koordinierung verbessern, und vor allem auch die administrativen Planungs- und Genehmigungsprozess für neue Infrastruktur vereinfachen.

Ich weiß, dass diese Frage für die Mitgliedstaaten sensibel ist. Aber ich möchte hier ehrgeizige Vorschläge vorlegen, um Prozeduren klarer zu fassen und beschleunigen.

Viertens müssen wir sicherstellen, dass die Investitionen auch mit den Herausforderungen korrespondieren.

Ich bin überzeugt, dass der Markt die wichtigste Finanzierungsquelle für neue Investitionen in den kommenden Jahren bleiben wird. Aber wir müssen anerkennen, dass es auch Umstände geben kann, in denen der Markt nicht, oder nur ungern reagiert, und wo wir andere, innovative Wege zur Finanzierung finden müssen.

Dies ist nicht nur die Verantwortung der Kommission. Die europäischen Banken und Fonds müssen sich ebenso beteiligen. Und nicht zuletzt geht es darum, starke Synergien mit anderen EU-Mitteln für Energie-Infrastrukturprojekte – wie z.B. in der Regional- oder Nachbarschaftspolitik – zu erzielen.

Außenbeziehungen

Mein letzter Punkt betrifft die internationale Dimension der Energieversorgung. Wir brauchen eine neue, "europäisierte" Energieaußenpolitik.

Die EU ist durch eine Zurückhaltung oder auch manchmal ein Desinteresse seitens der Mitgliedstaaten in den internationalen Verhandlungen behindert.

Wir müssen neue Leitlinien für unsere externen Beziehungen entwickeln. Diese müssen auf gegenseitigem Respekt, Zusammenarbeit und Solidarität aufbauen.

Ich setze deshalb auf einen europäischen Ansatz für internationale Fragen – eben eine "Europäisierung" der externen Energiepolitik. Auf diese Weise können wir pragmatisch und solidarisch die Fragen angehen, die uns alle betreffen - Versorgungssicherheit, Klimawandel, Investitionen in der Infrastruktur, Markttransparenz. Und so können wir auch unseren Einfluss erheblich steigern.

Der Abschluss eines zwischenstaatlichen Abkommens zwischen der Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich für den Bau der Nabucco-Pipeline ist ein großer Erfolg für die gesamte EU.

Dieses Abkommen ist eine wichtige Entwicklung für die Realisierung des südlichen Korridors und eine solide Ausgangsbasis für eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Liefer- und Abnehmer-Ländern. Es gibt allen Beteiligten die Sicherheit, ihre eigenen Interessen in einem rechtlich definierten Rahmen zu verfolgen.

Trotzdem hat die Debatte um den Südlichen Korridor eine Schwachstelle unserer gemeinsamen externen Energiepolitik offenbart. Wenn nämlich die Position eines Mitgliedstaates nicht deutlich ist, wenn es mehr ein Lavieren als ein Liniehalten ist, dann wird es sehr schwierig, eine kohärente EU-Position zu definieren und in Verhandlungen einzusetzen.

Die EU ist der größte regionale Energiemarkt weltweit - und könnte mehr Einfluss ausüben, als wenn die einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin individuelle Ziele verfolgen.

Ich habe vor kurzem Zentralasien besucht. Ich habe dabei aus erster Hand die Erfahrung gemacht, wie wichtig die Zusammenarbeit in internationalen Verhandlungen für die EU ist. Die kaspischen Länder haben Ressourcen, die zum Nutzen dieser Länder und der EU

entwickelt werden können. Es lohnt sich eine gemeinsame europäische Strategie, eine gemeinsame Botschaft, Kohärenz und Solidarität zu haben.

2050 und eine kohlenstoffarme Wirtschaft

Ich habe mich bisher auf das Jahr 2020 konzentriert. Aber wie ich eingangs sagte, in Bezug auf Energie-Planung ist 2020 nur einen Wimpernschlag entfernt. Wir brauchen deshalb auch eine längerfristige Perspektive. Für mich reicht diese bis 2050.

EU-Kommissionspräsident Barroso hat die Vision für eine Wirtschaft mit geringem Kohlendioxidausstoß bis 2050 angesprochen. In der Energiewirtschaft bedeutet dies, dass wir - das heißt, die Industrie, der öffentliche Sektor und die Verbraucher - schon heute den Wechsel hin zu leistungsfähigeren, kohlenstoffarmen und erneuerbaren Energiesysteme in Gang bringen müssen.

Es gibt nicht den einzigen "richtigen" Weg, um dorthin zu gelangen. Aber wir können sicher sein, dass "Business as usual" keine reale Option ist. Die Veränderungen fordern Ehrgeiz, Entschlossenheit und eine stärkere und engere Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Akteuren. Wir müssen sicherstellen, dass der Europäische Rechtsrahmen unserer Industrie, Forschern und Verbrauchern erlaubt, kostengünstige und nachhaltige Lösungen zu finden.

Wir müssen aber ebenfalls alle unsere Optionen offen halten, da schließe ich Kernenergie und Kohle mit ein. Der Energiemix ist Sache der Mitgliedstaaten, aber die Kommission will mit einem kohärenteren Rechtsrahmen zur nuklearen Sicherheit für die Abfallpolitik, sowie Demonstrationsprojekten für CO₂-Abtrennung und Speicherung einen Beitrag leisten, breit aufgestellt in die Zukunft der Energieversorgung zu blicken.

Schlussbemerkungen

Meine Damen und Herren,

Der Erfolg einer europäischen Energiepolitik hängt nicht von den Brüsseler Ideen ab, sondern von den Mitgliedstaaten, den Unternehmen und den Bürgern. Und viele von Ihnen sind an der Entwicklung und Implementierung der politischen Entscheidungen direkt beteiligt - ob bei dem Binnenmarkt oder den Außenbeziehungen, Infrastruktur oder Technologie.

Wir haben alle ein gemeinsames Interesse, zusammen für eine effektive Energiepolitik zu arbeiten. Ich freue mich auf die enge Zusammenarbeit mit Ihnen in der Entwicklung von neuen Strategien und Maßnahmen in den kommenden Jahren meines Mandats.

Vielen Dank, dass für Ihre Aufmerksamkeit.